

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 17/2025

24. April 2025

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Gewährung von Zuwendungen für Investitionen in zeitgemäße und förderliche Lernumgebungen an Startchancen-Schulen (Richtlinie Startchancen-Investitionen – RL StartInvest) vom 7. April 2025 ... 438

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zu § 3 Absatz 1 der Sächsischen Badegewässer-Verordnung vom 8. April 2025 ... 442

Sächsisches Staatsministerium für Infrastruktur und Landesentwicklung

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Infrastruktur und Landesentwicklung über die Tabelle der durchschnittlichen Rohbauwerte vom 2. April 2025 444

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur Wesentlichen Änderung der Anlage für den Bau und die Montage von Kraftfahrzeugen – Errichtung und Betrieb einer regenerativen thermischen Nachverbrennungsanlage (Bauteil-Nummer 250) – der Firma Porsche Leipzig GmbH am Standort Porsche Werk Leipzig Gz.: 44-8431/2854 vom 2. April 2025 446

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landesamtes für Geobasisinformation Sachsen über den Widerruf der Bestellung eines Amtsverwalters vom 7. April 2025 448

Bekanntmachung des Sächsischen Oberbergamtes über die Feststellung des Nichtbestehens der Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung für die Errichtung von zwei Zwischenlagern im Gneisbruch Dörfel (Erzgebirgskreis) nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 4. April 2025 ... 449

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Gewährung von Zuwendungen für Investitionen in zeitgemäße und förderliche Lernumgebungen an Startchancen-Schulen (Richtlinie Startchancen-Investitionen – RL StartInvest)

Vom 7. April 2025

I.

Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

1. Der Freistaat Sachsen gewährt auf Grund von §§ 23 und 44 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, den Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 22. November 2024 (SächsABl. S. 1434) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 1. Dezember 2023 (SächsABl. SDr. S. S 253), in der jeweils geltenden Fassung, sowie nach Maßgabe der Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104c des Grundgesetzes zur Umsetzung der Säule I des Startchancen-Programms (Investitionsprogramm Startchancen) Zuwendungen nach Maßgabe dieser Richtlinie. Soweit die Verwaltungsvereinbarung Investitionsprogramm Startchancen auf die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Umsetzung des Startchancen-Programms für die Jahre 2024 bis 2034 verweist, sind deren Maßgaben ebenfalls zu beachten.
2. Zweck der Zuwendungen ist die Schaffung einer modernen, klimagerechten und barrierefreien Bildungsinfrastruktur mit hoher Aufenthaltsqualität an Schulen, die am Startchancen-Programm teilnehmen (Startchancen-Schulen) mit folgenden Zielstellungen:
 - a) Herstellung einer förderlichen Lernumgebung mit einer zeitgemäßen Infrastruktur und einer hochwertigen Ausstattung,
 - b) Förderung der Voraussetzungen für die Vernetzung der Schulen in den Sozialraum,
 - c) Verbesserung der Voraussetzungen für die Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams.
3. Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsstelle aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

II.

Gegenstand der Förderung

1. Förderfähig sind, soweit sie den Zuwendungszweck gemäß Ziffer I Nummer 2 erfüllen,
 - a) Neubau-, Umbau-, Erweiterungs- und Modernisierungsmaßnahmen in Bezug auf Schulgebäude, -anlagen und -gelände einschließlich der damit einhergehenden Beschaffung, dem Aufbau sowie der Inbetriebnahme von Einrichtung, Ausstattung und Gestaltungselementen, insbesondere für
 - aa) Kreativ- und Lernlabore, Multifunktionsräume, Werkstätten und Ateliers,
 - bb) Räumlichkeiten für inklusives Lernen,
 - cc) altersgerechte Zonierung, klare räumliche Strukturen und Wegeführungen,
 - dd) Öffnung von Räumen zur Unterstützung von vielfältigen Lernformaten, beispielsweise unter Einbindung hybrider, materieller und digitaler Elemente,
 - ee) Schaffung von individuellen Arbeitsplatzlösungen sowie Räumen für Besprechungen und Kollaboration unter besonderer Berücksichtigung der professionsspezifischen Bedarfe multiprofessioneller Teams,
 - ff) Gestaltung des Außenbereichs mit Bewegungs- und Sportmöglichkeiten sowie Erholungs- und Rückzugsbereichen,
 - gg) schulbibliothekarische Räume mit Einzel- und Gemeinschaftsarbeitsplätzen sowie Ruhecken für ungestörtes Lernen,
 - b) Investitionen in eine nachhaltige und lernförderliche Ausstattung, insbesondere für
 - aa) flexibles Mobiliar für modulare, multifunktionale Raumnutzungen,
 - bb) Werkstätten, Kreativlabore oder Maker-Spaces,
 - cc) Bewegungsräume und Sportmöglichkeiten, niedrigschwellige bewegungsförderliche Einrichtung und Gestaltungselemente sowie Erholungs- und Rückzugsbereiche.
2. Eine gemeinsame Nutzung der geförderten Investitionsgegenstände durch eine Schule mit Primarstufe und einen Hort ist förderungschädlich.

III. Zuwendungsempfänger

Zuwendungen werden gewährt an Gemeinden, Landkreise und kommunale Zusammenschlüsse als öffentliche Schulträger gemäß § 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 des Sächsischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 2018 (SächsGVBl. S. 648), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. Juli 2024 (SächsGVBl. S. 662) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, soweit diese Träger von Startchancen-Schulen sind.

IV. Zuwendungsvoraussetzungen

1. Zuwendungen für Baumaßnahmen werden grundsätzlich nur gewährt, wenn der Letztempfänger der Zuwendung Eigentümer oder Erbbauberechtigter des betroffenen Grundstücks ist oder im Zuge der Maßnahme entsprechende dingliche Rechte erwirbt.
2. Eine gleichzeitige Finanzierung der geförderten Maßnahme mit anderen Bundes-, EU- oder Landesmitteln ist unzulässig.
3. Eine Zuwendung wird nur gewährt für Maßnahmen, deren vollständiger Abschluss bis zum 30. Juni 2033 gesichert erscheint.
4. Anträge unterhalb von 35 000 Euro beantragter Zuwendung werden nicht gefördert (Bagatelldgrenze).
5. Maßnahmen, die ausschließlich der Instandhaltung und dem reinen Werterhalt der Bausubstanz dienen, ohne dass sie einen Beitrag zur Umsetzung des Zuwendungszwecks nach Ziffer I Nummer 2 leisten, werden nicht gefördert.
6. Von der Förderung ausgeschlossen sind Investitionen in die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen, die innerhalb von festgesetzten oder vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten nach § 76 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, liegen. Im besonderen Ausnahmefall kann eine Förderung im Einzelfall erfolgen, wenn das Vorhaben von der zuständigen unteren Wasserbehörde, zum Beispiel nach § 74 Absatz 2 des Sächsischen Wassergesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19. Juni 2024 (SächsGVBl. S. 636) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, genehmigt wurde oder diese bei durch andere Behörden genehmigten Vorhaben der Förderung zustimmt.
7. Von der Förderung ausgeschlossen sind ferner Investitionen in die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen in Hochwasserentstehungsgebieten, soweit diese nach § 78d Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes oder § 76 Absatz 3 des Sächsischen Wassergesetzes genehmigungspflichtig sind und durch die zuständige Wasserbehörde nicht genehmigt wurden oder diese bei durch andere Behörden genehmigten Vorhaben der Förderung nicht zustimmt.
8. Maßnahmen werden nur gefördert, wenn die Nutzung des Gebäudes oder der Außenanlage unter Berücksichtigung der absehbaren demografischen Entwicklungen und der Maßgaben in §§ 4a und 4b des Sächsischen

Schulgesetzes für die Dauer der Zweckbindung gesichert ist.

V. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

1. Zuwendungsart:
Projektförderung
2. Finanzierungsart:
Anteilfinanzierung
3. Form der Zuwendung:
Die Zuwendung erfolgt als Zuschuss von bis zu 70 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben.
4. Bemessungsgrundlage:
Bemessungsgrundlage sind die notwendigen Gesamtausgaben zur Erfüllung des Zuwendungszwecks (zuwendungsfähige Ausgaben). Hierzu zählen in Fällen von Ziffer II Nummer 1 Buchstabe a erforderliche Ausgaben für
 - a) Kosten für Grundstücke nach DIN 276 Kostengruppe 100,
 - b) Kosten für vorbereitende Maßnahmen nach DIN 276 Kostengruppe 200 mit Ausnahme der Kostengruppen 220 und 250,
 - c) Baukosten nach DIN 276 Kostengruppen 300 bis 500,
 - d) Ausstattungsgegenstände nach DIN 276 Kostengruppe 600,
 - e) im Zusammenhang mit einer Baumaßnahme anfallende, angemessene Baunebenkosten gemäß DIN 276 Kostengruppe 700.

Die Ausgaben für eine Maßnahme können auch Maßnahmen zur Klimaanpassung, insbesondere zum Hitzeschutz und zum Wasserrückhalt umfassen, sofern die Maßnahme in ihrer Gesamtheit der Erfüllung des Zuwendungszwecks gemäß Ziffer I Nummer 2 dient. Ausgaben für Photovoltaikanlagen sind nur zuwendungsfähig, wenn der komplette Strom zur Deckung des Eigenbedarfes verwendet wird und keine Einspeisung in das öffentliche Netz erfolgt oder der Zuwendungsempfänger bei Einspeisung in das öffentliche Netz keine Einspeisevergütung erhält.

In Fällen von Ziffer II Nummer 1 Buchstabe b sind zuwendungsfähig:

 - a) Ausgaben für die Beschaffung der Ausstattung,
 - b) Ausgaben für Maßnahmen zur Konzeptionierung, Vorbereitung und Planung sowie die damit verbundenen Konsultationsprozesse (Leistungen Dritter außerhalb der Verwaltung),
 - c) Ausgaben für Maßnahmen zur Befähigung des Personals zur sachgerechten Nutzung der neuen Infrastruktur, beispielsweise bei Anschaffung neuer Maschinen und Gerätschaften in Kreativlaboren, Maker-Spaces oder Werkstätten (Schulung und Beratung).
5. Nicht zuwendungsfähig sind:
 - a) sämtliche Leistungen, für die vor dem 1. August 2024 vertragliche Bindungen eingegangen wurden einschließlich solcher gemäß Nummer 1.3.1 Satz 2 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften – VVK),
 - b) Personal- und Sachausgaben des Zuwendungsempfängers,
 - c) Umsatzsteuerbeträge, die nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung

vom 21. Februar 2005 (BGBl. I S. 386), das zuletzt durch Artikel 27 des Gesetzes vom 2. Dezember 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 387) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, als Vorsteuer abziehbar sind,

- d) Ausgaben, die ein anderer als der Träger der Maßnahme zu tragen verpflichtet ist,
- e) Ausgaben nach DIN 276 Kostengruppe 250, insbesondere Ausgaben für Behelfsbauten und das Herrichten von Ausweichobjekten sowie Ausgaben für die öffentliche Erschließung nach DIN 276 Kostengruppe 220,
- f) Ausgaben für den Betrieb,
- g) Ausgaben für Kapitalbeschaffung und Zwischenfinanzierung,
- h) Ausgaben für Leistungen, die außerhalb des Bewilligungszeitraumes erbracht wurden,
- i) Sicherheitseinbehalte zur Durchsetzung von Gewährleistungsansprüchen, ausgenommen solche, die bis zum Ende des Bewilligungszeitraumes zu zuwendungsfähigen Ausgaben geführt haben.

VI.

Sonstige Zuwendungsbestimmungen

1. Die Zuwendungsempfänger haben auf die Förderung aus dem Startchancen-Programm unter Verwendung der hierfür geltenden Bildwortmarke hinzuweisen.
2. Eine im Rahmen dieser Richtlinie geförderte Startchancen-Schule ist verpflichtet, bis zum 31. Juli 2034 am Startchancen-Programm teilzunehmen. Im Übrigen gelten die Zweckbindungsfristen gemäß Nummer 4.2.6 VVK.

VII.

Verfahren

1. StartInvest-Budgets
 - a) Die Programmmittel werden auf die Schulträger der Startchancen-Schulen als StartInvest-Budgets verteilt. Die Verteilung erfolgt nach dem Anteil der Schülerzahl an den Startchancen-Schulen eines Schulträgers an der Gesamtschülerzahl aller Startchancen-Schulen im Freistaat Sachsen gemäß amtlicher Schulstatistik für das Schuljahr 2024/2025.
 - b) Die Bewilligungsstelle macht die StartInvest-Budgets der Schulträger nach Buchstabe a im Internet unter der Adresse www.sab.sachsen.de bis zum 31. Juli 2025 bekannt.
 - c) Bis zum 31. Dezember 2026 reicht der Antragsteller die Beschreibung der beabsichtigten Investitionsmaßnahme gemäß Buchstabe e Satz 1 Doppelbuchstabe bb sowie den Entwurf des pädagogischen Kurzkonzepthes gemäß Doppelbuchstabe cc beim Landesamt für Schule und Bildung als Fachstelle ein. Die Fachstelle nimmt eine schulfachliche Vorprüfung dieser Unterlagen vor und berät den Antragsteller zu gegebenenfalls erforderlichen Anpassungen im Vorfeld der notwendigen Bestätigung gemäß Buchstabe f Satz 3.
 - d) Anträge für Maßnahmen innerhalb des StartInvest-Budgets sind bis zum 30. Juni 2027 bei der Bewilligungsstelle zu stellen. Im Rahmen des StartInvest-Budgets soll für jede Startchancen-Schule ein Antrag gestellt werden, der alle bis zu diesem Zeitpunkt an der Schule geplanten Maßnahmen zur

Erreichung des Zuwendungszwecks gemäß Ziffer I Nummer 2 umfasst.

- e) Alle Anträge enthalten folgende Angaben:
 - aa) Angaben zur Startchancen-Schule, an der die Maßnahme stattfindet,
 - bb) eine Beschreibung der beabsichtigten Investitionsmaßnahme und die Zuordnung zu einem Fördergegenstand gemäß Ziffer II Nummer 1,
 - cc) ein Kurzkonzzept mit schlüssiger Darlegung, inwieweit die Maßnahme den Zuwendungszweck gemäß Ziffer I Nummer 2 erfüllt unter Verwendung eines durch das Staatsministerium für Kultus vorgegebenen Musters,
 - dd) Angaben zur voraussichtlichen Höhe der Gesamtausgaben der Maßnahme gegliedert nach Ausgabearten und Jahresscheiben,
 - ee) bei Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 1 Buchstabe a eine Kostengliederung nach DIN 276 in der zweiten Gliederungsebene,
 - ff) Angaben zur erforderlichen Höhe der Zuwendung,
 - gg) einen Finanzierungsplan,
 - hh) Angaben zur Zeitplanung für die Umsetzung der Maßnahme,
 - ii) im Falle von Ziffer V Nummer 4 Satz 2 Buchstabe a, b und e sowie Satz 5 Buchstabe b und c die Darstellung des unmittelbaren Zusammenhangs dieser Ausgaben mit der förderfähigen Maßnahme,
 - jj) eine Erklärung, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde,
 - kk) eine Erklärung, dass die Maßnahme nicht gleichzeitig aus anderen Mitteln des Bundes, der Europäischen Union oder des Landes gefördert wird,
 - ll) eine Erklärung zur Erfüllung der Zuwendungsvoraussetzungen gemäß Ziffer IV Nummer 6 und 7,
 - mm) eine Erklärung, dass es sich nicht um eine Maßnahme handelt, die der reinen Instandhaltung und dem Werterhalt der Bausubstanz dient, ohne einen Beitrag zur Verbesserung der pädagogischen Qualität der Lernumgebung zu leisten,
 - nn) eine Erklärung, dass der Letztempfänger der Zuwendung Eigentümer oder Erbbauberechtigter des betroffenen Grundstücks ist oder im Zuge der Maßnahme entsprechende dingliche Rechte erwirbt,
 - oo) eine Erklärung, dass die Planung und Durchführung der beantragten Maßnahme auf Grundlage von angemessenen und dokumentierten Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen erfolgt und die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit eingehalten werden.

Die Richtigkeit der Erklärungen gemäß Satz 1 Doppelbuchstabe mm bis oo ist auf Verlangen mit geeigneten Unterlagen zu belegen. Darüber hinaus können weitere Angaben und Unterlagen gefordert werden, wenn sie zur Prüfung der Zuwendungsfähigkeit erforderlich sind.

- f) Die Bewilligungsstelle prüft die Antragsunterlagen auf Vollständigkeit sowie Vorliegen der formalen Voraussetzungen für eine Bewilligung. Zur schulfachlichen Beurteilung der Projekte bezieht die Bewilligungsstelle die Fachstelle gemäß Buchstabe c Satz 1 ein. Die Fachstelle prüft und bestätigt in diesem Zusammenhang insbesondere das pädagogische Kurzkonzzept gemäß Buchstabe e Satz 1 Doppelbuchstabe cc abschließend. Die Prüfung der Fachstelle soll einen Zeitraum von drei Monaten

nicht überschreiten. Zur Beurteilung der Zuwendungsvoraussetzung gemäß Ziffer IV Nummer 8 bezieht die Bewilligungsstelle das Staatsministerium für Kultus ein.

- g) Die Bewilligung der Anträge nach Buchstabe d soll spätestens bis zum 31. Dezember 2027 erfolgen.
 - h) Nach Abschluss des Verfahrens gemäß Buchstabe a bis g entfällt ab dem 1. Januar 2028 die Bindung an die StartInvest-Budgets. Ab diesem Zeitpunkt gestellte Anträge können bewilligt werden, wenn hierfür entsprechende Haushaltsmittel aufgrund Nichtausschöpfung der StartInvest-Budgets oder aus Mittelrückgaben anderer Zuwendungsempfänger zur Verfügung stehen. Das Staatsministerium für Kultus kann Kriterien zur stichtagsbezogenen Priorisierung derartiger Anträge im Rahmen des Bewilligungsverfahrens festlegen.
 - i) Im Falle wesentlicher inhaltlicher Änderungen der Maßnahmen bezieht die Bewilligungsstelle im Vorfeld einer entsprechenden Änderungsbewilligung für die schulfachliche Beurteilung die gemäß Buchstabe c Satz 1 zuständige Fachstelle erneut ein.
2. Allgemeine Verfahrensbestimmungen
- a) Bewilligungsstelle ist die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB), Pirnaische Straße 9, 01069 Dresden. Die Beantragung erfolgt elektronisch über das Förderportal der SAB.
 - b) Abweichend von Nummer 7 VVK erfolgen die Auszahlungen auf der Grundlage von Auszahlungsanträgen und aufgrund getätigter Ausgaben (Erstattungsprinzip). Zehn Prozent der bewilligten Zuwendung werden als Schlusseinbehalt erst nach Verwendungsnachweisprüfung ausgezahlt. Die Bewilligungsstelle kann im Bewilligungsbescheid eine Höchstzahl von Auszahlungsanträgen je Maßnahme oder eine Mindestsumme je Auszahlungsantrag festlegen.
 - c) Gemäß Nummer 6.1 VVK erfolgt keine Beteiligung der zuständigen technischen staatlichen Verwaltung. Anlage 5, Anlage 5a und Anlage 5b zur

Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung sind folglich nicht einschlägig. Darüber hinaus findet Nummer 3.3 VVK keine Anwendung.

- d) Der Zuwendungsempfänger hat der Bewilligungsbehörde grundsätzlich innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes den Verwendungsnachweis vorzulegen.
- e) In begründeten Ausnahmefällen kann die Weiterleitung der Zuwendung auch an Grundstückseigentümer oder am Grundstück dinglich Berechtigte erfolgen, die nicht Träger der Startchancen-Schule sind, soweit das betroffene Grundstück mindestens für den Zeitraum der Zweckbindung unkündbar und ausschließlich zum Zweck des Betriebes einer Schule an einen Schulträger vermietet oder verpachtet ist. Bei der Weiterleitung hat der Zuwendungsempfänger die Vorgaben nach Nummer 12.2 bis 12.5 VVK zu beachten. Der Zuwendungsempfänger hat die Weiterleitung der Zuwendung gegenüber der Bewilligungsstelle nachzuweisen.
- f) Im Zuwendungsbescheid ist auf das Prüfungsrecht des Bundesrechnungshofes gemeinsam mit dem Sächsischen Rechnungshof hinzuweisen.
- g) Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung, die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die Regelungen der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung einschließlich deren Anlagen, soweit nicht in dieser Verwaltungsvorschrift Abweichungen zugelassen worden sind.

VIII.

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit ihrer Unterzeichnung in Kraft und am 31. Dezember 2034 außer Kraft.

Dresden, den 7. April 2025

Der Staatsminister für Kultus
Conrad Clemens

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zu § 3 Absatz 1 der Sächsischen Badegewässer-Verordnung

Vom 8. April 2025

Nach § 3 Absatz 1 der Sächsischen Badegewässer-Verordnung vom 15. April 2008 (SächsGVBl. S. 279), die zuletzt durch Artikel 3 Absatz 8 des Gesetzes vom 17. Juli 2024 (SächsGVBl. S. 662) geändert worden ist, werden die nachfolgenden Badegewässer bekannt gegeben:

Nr.	Gewässer	Landkreis, Kreisfreie Stadt	Status	Einschränkungen
1	Talsperre Pirk	Vogtlandkreis	Talsperre	
2	Talsperre Pöhl	Vogtlandkreis	Talsperre	
3	Talsperre Falkenstein	Vogtlandkreis	Talsperre	
4	Talsperre Koberbach	Zwickau	Talsperre	
5	Stausee Oberwald	Zwickau	Wasserspeicher	
6	Filzteich	Erzgebirgskreis	Wasserspeicher	
7	Greifenbach-Stauweiher	Erzgebirgskreis	Wasserspeicher	
8	Stausee Oberrabenstein	Stadt Chemnitz	Talsperre	
9	Erzengler Teich	Mittelsachsen	Wasserspeicher	Aufgrund von Baumaßnahmen wird der Wasserspiegel ab dem Spätsommer abgesenkt.
10	Talsperre Malter	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	Talsperre	
11	Kiesgrube Birkwitz-Pratzschwitz	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	Tagebaurestgewässer	
12	Speicherbecken Niederwartha	Stadt Dresden	Wasserspeicher	
13	Kötitzer Kiesgrube	Meißen	Tagebaurestgewässer	
14	Knappensee	Bautzen	Tagebaurestgewässer	Aufgrund von bergbaulichen Sanierungsarbeiten besteht ein Badeverbot.
15	Silbersee	Bautzen	Tagebaurestgewässer	Aufgrund von bergbaulichen Sanierungsarbeiten bestehen weiterhin Einschränkungen im Badebetrieb.
16	Talsperre Bautzen	Bautzen	Talsperre	
17	Olbasee Kleinsaubernitz	Bautzen	Tagebaurestgewässer	
18	Waldbad Niesendorf	Bautzen	Tagebaurestgewässer	
19	Geierswalder See	Bautzen	Tagebaurestgewässer	
20	Tagebaurestsee Olbersdorf	Görlitz	Tagebaurestgewässer	
21	Badesee Halbendorf	Görlitz	Tagebaurestgewässer	
22	Bärwalder See	Görlitz	Tagebaurestgewässer	
23	Cospudener See	Stadt Leipzig	Tagebaurestgewässer	
24	Speicherbecken Borna	Leipzig	Wasserspeicher	Aufgrund von bergbaulichen Sanierungsarbeiten besteht ein Badeverbot.

Nr.	Gewässer	Landkreis, Kreisfreie Stadt	Status	Einschränkungen
25	Kulkwitzer See	Leipzig	Tagebaurestgewässer	
26	Harthsee	Leipzig	Tagebaurestgewässer	
27	Albrechtshainer See	Leipzig	Tagebaurestgewässer	
28	Ammelshainer See	Leipzig	Tagebaurestgewässer	
29	Naunhofer See	Leipzig	Tagebaurestgewässer	
30	Markkleeberger See	Leipzig	Tagebaurestgewässer	
31	Kiesgrube Luppä	Nordsachsen	Tagebaurestgewässer	
32	Kiesgrube Eilenburg	Nordsachsen	Tagebaurestgewässer	

Dresden, den 8. April 2025

Sächsisches Staatsministerium
für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Dr. Stephan Koch
Abteilungsleiter

Sächsisches Staatsministerium für Infrastruktur und Landesentwicklung

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Infrastruktur und Landesentwicklung über die Tabelle der durchschnittlichen Rohbauwerte

Vom 2. April 2025

Die Baupreisindexzahl, mit der nach Anlage 1 laufende Nummer 17 Tarifstelle 1.2 des Zehnten Sächsischen Kostenverzeichnisses vom 16. August 2021 (SächsGVBl. S. 898), das zuletzt durch Verordnung vom 26. März 2025 (SächsGVBl. S. 115) geändert worden ist, die Rohbauwerte

der Anlage 2 zum Zehnten Sächsischen Kostenverzeichnis ab 1. Mai 2025 zu vervielfältigen sind, beträgt 1,250.

Die sich daraus mit Gültigkeit ab 1. Mai 2025 ergebenden fortgeschriebenen durchschnittlichen Rohbauwerte werden in der nachstehenden Tabelle (Anlage) bekannt gegeben.

Dresden, den 2. April 2025

Sächsisches Staatsministerium für Infrastruktur und Landesentwicklung
Markus Koch
Referatsleiter

Anlage

Tabelle der durchschnittlichen Rohbauwerte

Nummer	Gebäudeart	Rohbauwert Euro/m³
1	Wohngebäude	188
2	Wochenendhäuser	165
3	Büro- und Verwaltungsgebäude, Banken und Arztpraxen	253
4	Schulen	241
5	Kindergärten	215
6	Hotels, Pensionen und Heime bis 60 Betten, Gaststätten	215
7	Hotels, Heime und Sanatorien mit mehr als 60 Betten	251
8	Krankenhäuser	279
9	Versammlungsstätten, soweit nicht unter Nummer 7 oder 12 aufgeführt	215
10	Kirchen	241
11	Leichenhallen und Friedhofskapellen	198
12	Turn- und Sporthallen, soweit nicht unter Nummer 21 aufgeführt	143
13	Hallenbäder	233
14	sonstige, nicht unter den Nummern 1 bis 13 aufgeführte eingeschossige Gebäude, zum Beispiel Umkleideräume von Sporthallen und Schwimmbädern	181
15	Verkaufsstätten ¹⁾ , soweit sie eingeschossig sind	143
16	Verkaufsstätten ²⁾ , soweit sie mehrgeschossig sind	254
17	Kleingaragen, ausgenommen offene Kleingaragen	114
18	Mittel- und Großgaragen, soweit sie eingeschossig sind	139
19	Mittel- und Großgaragen, soweit sie mehrgeschossig sind	166
20	Tiefgaragen	258
21	Fabrik-, Werkstatt- und Lagergebäude, Tennishallen sowie einfache Sporthallen, soweit sie eingeschossig sind, bis 50 000 m³ Brutto-Rauminhalt	
21.1	mit nicht geringen Einbauten ³⁾	125

Nummer	Gebäudeart	Rohbauwert Euro/m³
21.2	ohne oder mit geringen Einbauten ³⁾	
21.2.1	bis 2 000 m³ Brutto-Rauminhalt	
21.2.1.1	Bauart schwer ⁴⁾	89
21.2.1.2	sonstige Bauart	78
21.2.2	der 2 000 m³ übersteigende Brutto-Rauminhalt bis 5 000 m³	
21.2.2.1	Bauart schwer ⁴⁾	78
21.2.2.2	sonstige Bauart	61
21.2.3	der 5 000 m³ übersteigende Brutto-Rauminhalt bis 50 000 m³	
21.2.3.1	Bauart schwer ⁴⁾	61
21.2.3.2	sonstige Bauart	49
22	Fabrik-, Werkstatt- und Lagergebäude, soweit sie mehrgeschossig sind, bis 100 000 m³ Brutto-Rauminhalt	
22.1	ohne oder mit geringen Einbauten ³⁾	181
22.2	mit nicht geringen Einbauten ³⁾	209
23	sonstige kleinere gewerbliche Bauten, soweit sie eingeschossig sind, soweit nicht unter Nummer 21 aufgeführt	153
24	Stallgebäude, Scheunen und sonstige landwirtschaftliche Betriebsgebäude, ausgenommen Güllekeller	wie Nummer 21
25	Güllekeller, soweit sie unter Ställen oder sonstigen landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden liegen	149
26	Schuppen, offene Kleingaragen, offene Feldscheunen und ähnliche Gebäude	70
27	Gewächshäuser	
27.1	bis 1 500 m³ Brutto-Rauminhalt	49
27.2	der 1 500 m³ übersteigende Brutto-Rauminhalt	31

Zuschläge auf die Rohbauwerte:

- bei Gebäuden mit mehr als fünf Vollgeschossen 5 Prozent
- bei Hochhäusern 10 Prozent
- bei Gebäuden mit befahrbaren Decken, außer bei den Nummern 18 bis 20 10 Prozent
- bei Hallenbauten mit Kränen, bei denen der Standsicherheitsnachweis für die Kranbahnen geprüft werden muss, für den von den Kranbahnen erfassten Hallenbereich 80 €/m²

Anmerkungen:

In den Rohbauwerten ist die Umsatzsteuer enthalten.

Bei Gebäuden mit gemischter Nutzung ist für die Gebäudeteile mit verschiedenen Nutzungsarten der Rohbauwert anteilig zu ermitteln, soweit Nutzungsarten nicht nur Nebenzwecken dienen. Der nicht ausgebaute Dachraum eines Dachgeschosses ist, abweichend von DIN 277, nur mit einem Drittel seines Rauminhalts anzurechnen.

Die in der Tabelle angegebenen Werte berücksichtigen nur Flachgründungen mit Streifen- oder Einzelfundamenten. Mehrkosten für andere Gründungen, wie Pfahlgründungen oder Schlitzwände, sind getrennt zu ermitteln und den anrechenbaren Bauwerten hinzuzurechnen. Bei Flächengründungen (elastisch gebettete Sohlplatten) sind je Quadratmeter Sohlplatte 2 m³, abzüglich des Volumens der Bodenplatte und einer darunter liegenden Dämmschicht, zum Brutto-Rauminhalt hinzuzurechnen.

¹⁾ Bei Hallenbauten ohne oder mit geringen Einbauten ist der Rohbauwert um 30 Prozent zu reduzieren. Hierzu zählen auch Einbauten im Sinne der Anlage 1 laufende Nummer 17 Tarifstelle 1.2 dritter Absatz Satz 4.

²⁾ Bei mehrgeschossigen Verkaufsstätten mit geringen Einbauten, deren Nutzflächen fast ausschließlich dem Verkauf oder der Ausstellung dienen, ist der Rohbauwert um 40 Prozent zu reduzieren. Hierzu zählen auch Einbauten im Sinne der Anlage 1 laufende Nummer 17 Tarifstelle 1.2 dritter Absatz Satz 4.

³⁾ Hierzu zählen auch Einbauten im Sinne der Anlage 1 laufende Nummer 17 Tarifstelle 1.2 dritter Absatz Satz 4.

⁴⁾ Gebäude, deren Außenwände überwiegend aus Beton, einschließlich Leicht- und Gasbeton, oder aus mehr als 17,5 cm dickem Mauerwerk bestehen.

Landesdirektion Sachsen
Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung
zur Wesentlichen Änderung der Anlage für den Bau
und die Montage von Kraftfahrzeugen
– Errichtung und Betrieb einer regenerativen thermischen
Nachverbrennungsanlage (Bauteil-Nummer 250) –
der Firma Porsche Leipzig GmbH
am Standort Porsche Werk Leipzig
Gz.: 44-8431/2854
Vom 2. April 2025

Die Landesdirektion Sachsen hat der Porsche Leipzig GmbH in 04158 Leipzig, Porschestraße 1, mit Datum vom 27. Februar 2025 eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage für den Bau und die Montage von Kraftfahrzeugen in 04158 Leipzig, Porschestraße 1, Gemarkung Lützschena, mit folgendem verfügbaren Teil erteilt.

I.
Entscheidung

- 1.1 Der Porsche Leipzig GmbH (Anlagenbetreiberin und Antragstellerin) wird auf den Antrag vom 10. Mai 2024 gemäß § 16 Abs.1 BImSchG die

immissionsschutzrechtliche Genehmigung

zur wesentlichen Änderung des Porsche Werks Leipzig, einer Anlage für den Bau und die Montage von Kraftfahrzeugen gemäß den Nummern 3.24 G, 3.10.1 EG, 5.1.1.1 EG, 1.2.3.1 V und 1.2.3.2 V des Anhangs 1 zur Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV), am Standort Porschestraße 1 in 04158 Leipzig, Gemarkung Lützschena, Flurstücke 209/3; 209/5; 327/4; 328/4; 329/1; 329/3; 330/7; 330/18; 446/10; 446/14; 453/1; 453/2; 466/1; 468/1 und 469 erteilt.

- 1.2 Das genehmigte Änderungsvorhaben beinhaltet die Änderung der Lackiererei BT250 durch die Errichtung und den Betrieb einer neuen Abluftreinigungsanlage bestehend aus einer regenerativen Nachverbrennungsanlage (RNV) und zwei vorgeschalteten Adsorptionsrädern mit integrierten Entstaubungseinrichtungen.

Diese Änderungsgenehmigung schließt gemäß § 13 BImSchG andere die Anlage betreffende behördliche Entscheidungen ein, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Zulassungen, Verleihungen, Erlaubnisse und Bewilligungen mit Ausnahme von Planfeststellungen, Zulassungen bergrechtlicher Betriebspläne, behördlicher Entscheidungen auf Grund atomrechtlicher Vorschriften und wasserrechtlichen Erlaubnissen und

Bewilligungen nach § 8 in Verbindung mit § 10 Wasserhaushaltsgesetz. Eingeschlossen sind insbesondere

- die Erteilung der Baugenehmigung gemäß § 64 Sächsische Bauordnung (SächsBO) für die baulichen und technologischen Errichtungen, Änderungen und Nutzungsänderungen in der Lackiererei BT250.

- 1.4 Die Genehmigung wird nach Maßgabe der Antragsunterlagen sowie mit Nebenbestimmungen laut Abschnitt IV erteilt.

Hinweis:

Die Genehmigung wird unbeschadet der Rechte Dritter und der behördlichen Entscheidungen erteilt, die nach § 13 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes nicht von der Genehmigung eingeschlossen werden. Der rechtmäßige Gebrauch der Genehmigung setzt das Vorliegen gegebenenfalls weiterer erforderlicher Zulassungen voraus.

Der Genehmigungsbescheid enthält folgende Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig, Widerspruch eingelegt werden. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite <https://www.lids.sachsen.de/kontakt> abrufbar.

Der Genehmigungsbescheid mit den getroffenen Nebenbestimmungen einschließlich der Begründung und der in Bezug genommenen Antragsunterlagen liegt

vom 25. April 2025 bis einschließlich 8. Mai 2025

auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen als Anlage im PDF-Format zur Bekanntmachung, unter dem

Link <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> eingesehen werden.

Die öffentliche Bekanntmachung ergeht gemäß § 10 Absatz 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Februar 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 58) geändert worden ist, unter folgenden Hinweisen:

1. Der Genehmigungsbescheid enthält zahlreiche Nebenbestimmungen.
 2. Der Genehmigungsbescheid gilt mit dem Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.
 3. Nach der öffentlichen Bekanntmachung können der Bescheid und seine Begründung bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist von den Personen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich oder elektronisch bei der Landesdirektion Sachsen, 09105 Chemnitz oder über poststelle@lids.sachsen.de, angefordert werden.
- Der Genehmigungsbescheid ist im Internet unter der Adresse: https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/?ID=10258&art_param=664 dauerhaft einsehbar.

Leipzig, den 4. April 2025

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

Andere Behörden und Körperschaften
Bekanntmachung
des Landesamtes für Geobasisinformation Sachsen
über den Widerruf der Bestellung eines Amtsverwalters

Vom 7. April 2025

Das Landesamt für Geobasisinformation Sachsen hat mit Wirkung vom 15. April 2025 das auf den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur Andreas Schlegel übertragene Amt

als Amtsverwalter zur Abwicklung der Geschäfte des ehemaligen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs Wolfgang Doberstein widerrufen.

Dresden, den 7. April 2025

Landesamt für Geobasisinformation Sachsen
Ronny Zienert
Präsident

**Bekanntmachung
des Sächsischen Oberbergamtes
über die Feststellung des Nichtbestehens
der Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung
für die Errichtung von zwei Zwischenlagern im Gneisbruch
Dörfel (Erzgebirgskreis) nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes
über die Umweltverträglichkeitsprüfung**

Vom 4. April 2025

Die Max Bögl Stiftung & Co. KG, Scheibener Straße 100, 09481 Elterlein hat am 24. Februar 2025 die Vorprüfung des Einzelfalls auf das Bestehen einer UVP-Pflicht für die Änderung des Rahmenbetriebsplanes „Gneisbruch Dörfel – Errichtung von zwei Zwischenlagern“ beantragt.

Das bisherige Vorhaben ist durch Planfeststellungsbeschluss vom 11. März 1997 (mit eingeschlossener Umweltverträglichkeitsprüfung) und Planänderungsbeschluss vom 13. Juli 2001 planfestgestellt.

Die geplanten Änderungen betreffen:

- die zeitlich gestufte Errichtung von zwei temporären Zwischenlagern für nicht verwertbare Lagerstättenbestandteile (Material der Vorabsiebung, nicht verwertbare Störungszonen, Füllmaterial der Entstaubung aus der Aufbereitungsanlage) auf bereits abgebauten Betriebsflächen im Tagebau,
- die Errichtung des ersten temporären Zwischenlagers mit einer Gesamtkapazität von etwa 51 000 m³ und
- die Errichtung des zweiten temporären Zwischenlagers mit einer Gesamtkapazität von etwa 15 000 m³.

Weitere Änderungen des zugelassenen Vorhabens zeigt das Bergbauunternehmen nicht an.

Das Sächsische Oberbergamt hat zu den beantragten Änderungen des Vorhabens gemäß § 51 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. I Nr. 323) geändert worden ist, in Verbindung mit § 52 Absätze 2c und 2a des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 (BGBl. 1310), das zuletzt durch Artikel 39 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist und Nummer 15.1 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung, sowie der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben vom 13. Juli 1990 (BGBl. I S. 1420), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 18. Dezember 2023 (BGBl. 2024 I. Nr. 2) geändert worden ist, gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 4 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Verbindung mit § 7 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung eine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht vorgenommen.

Das Sächsische Oberbergamt hat festgestellt, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, da es die Vorprüfung der UVP-Pflicht gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Verbindung mit § 7 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung mit dem Ergebnis abschloss, dass die beantragten Änderungen zum Vorhaben keine erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen hervorrufen.

Der Vorprüfung des Einzelfalls lagen folgende Informationen zugrunde:

- Sonderbetriebsplan der Max Bögl Stiftung & Co. KG nach § 52 Absatz 2 Nummer 2 des Bundesberggesetzes für die Errichtung von Zwischenlagern im Gneisbruch Dörfel vom 21. Februar 2025,
- Antrag Max Bögl Stiftung & Co. KG „Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß Anlage 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung für die Errichtung von Zwischenlagern im Gneisbruch Dörfel“ vom 21. Februar 2025 (Anlage 4 zum Sonderbetriebsplan der Max Bögl Stiftung & Co. KG nach § 52 Absatz 2 Nummer 2 des Bundesberggesetzes für die Errichtung von Zwischenlagern im Gneisbruch Dörfel vom 21. Februar 2025).

Wesentliche Gründe für das Nichtbestehen der UVP-Pflicht sind:

Die Gesamtkonzeption des bergbaulichen Vorhabens bleibt von den geplanten Änderungen unbeeinträchtigt.

Das beabsichtigte Änderungsvorhaben erreicht oder überschreitet keine in der UVP-V Bergbau in Verbindung mit der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung vorgegebenen Größen- und Leistungswerte.

Das Änderungsvorhaben lässt auch keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt (Schutzgüter Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, Fläche und Boden, Wasser, Luft und Klima, Landschaft, kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter) erwarten. Die Nichterheblichkeit lässt sich aus den beschriebenen und gewerteten Randbedingungen, das heißt dem Ausmaß, der Schwere und Komplexität, der Wahrscheinlichkeit sowie der Dauer, Häufigkeit und Reversibilität der Auswirkungen, aber auch den vorgesehenen Minderungsmaßnahmen herleiten. Die Auswirkungen des Änderungsvorhabens wirken nicht mit den Auswirkungen anderer bestehender oder zugelassener Vorhaben zusammen. Die Auswirkungen haben keinen grenzüberschreitenden Charakter.

Keine der möglichen Auswirkungen ist als erheblich nachteilig im Sinne von § 9 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Verbindung mit § 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung anzusehen, die nach § 25 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zu berücksichtigen wären.

Die Verpflichtung zur Umweltverträglichkeitsprüfung besteht auch nicht dadurch, dass mehrere Vorhaben derselben Art gleichzeitig beziehungsweise zeitnah verwirklicht werden sollen (kumulierende Vorhaben).

Im Weiteren besteht auch keine Verpflichtung zur Prüfung der Umweltverträglichkeit aufgrund der Lage des Vorhabens in einem ausgewiesenen Naturschutzgebiet sowie in gemäß RL 79/409/EWG oder 92/43/EWG ausgewiesenen besonderen Schutzgebieten.

Die Feststellung des Nichtbestehens der UVP-Pflicht ist nach § 5 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht selbstständig anfechtbar.

Die entscheidungsrelevanten Unterlagen sind der Öffentlichkeit gemäß den Bestimmungen des Sächsischen Umweltinformationsgesetzes vom 1. Juni 2006 (SächsGVBl. S. 146), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 10 des Gesetzes vom 19. August 2022 (SächsGVBl. S. 486) geändert worden ist, im Sächsischen Oberbergamt, Kirchgasse 11, 09599 Freiberg, auf Antrag zugänglich.

Die Bekanntmachung ist auf der Internetseite des Sächsischen Oberbergamts unter <https://www.oba.sachsen.de/oeffentliche-bekanntmachungen-4591.html> einsehbar.

Freiberg, den 4. April 2025

Sächsisches Oberbergamt
Dr. Falk Ebersbach
Referatsleiter

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 485260
Telefax: 0351 4852661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

15. April 2025

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 244,54 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 62,77 Euro Postversand) bzw. 142,19 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 7,28 Euro zzgl. 3,67 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73797 CLASSIC+4 Pressepost **Deutsche Post** 